A6

Antrag

Initiator*innen: Programmdiskussion des Kreisverbands (dort beschlossen am: 18.09.2022)

Titel: **Impulse zum Landtagswahlprogramm 2023**

Antragstext

Der Kreisverband Hochtaunus sendet die folgenden Impulse an die Schreibgruppe des Landesverbandes im Rahmen des "Call for Paper" für die Programmentwicklung zur Landtagswahl 2023:

Energiewende

Sanierung

Existierende Förderprogramme zur Gebäudesanierung sind oft bürokratisch und langwierig. Wir fordern daher eine Reform der Sanierungsförderung in Form einer Sanierungspauschale pro Wohneinheit. Auch Kommunen sollen erweiterte Möglichkeiten bekommen, energetische Sanierung im Bestand voranzutreiben.

Windkraft

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien voran zu bringen, sollen Kommunen ein Recht auf Windkraft erhalten. Der Ausbau muss dort möglich sein, wo die Bereitschaft dafür vorhanden ist. Dafür müssen Hürden abgebaut werden, etwa Blockaden durch Regionalverbände oder die Exklusivität der Vorrangflächen.

Grüner Wasserstoff

Wir werden Hessen als Standort für grünen Wasserstoff fördern. Insbesondere sind dabei freie Stromerzeugungs-Kapazitäten zu beachten, damit keine Windräder mehr zur Wahrung der Netz-Stabilität abgestellt werden müssen.

Demokratie

Wir haben die Erde von unseren Kindern geborgt. Daher müssen wir sie auch stärker an den wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligen. Für Landtags- und Kommunalwahlen fordern wir daher ein Wahlrecht ab zunächst 16 Jahren mit einer Evaluierung, ob eine weitere Absenkung sinnvoll sein kann.

Um die direkte Demokratie und die Stellung von Bürgermeister*innen und Landrät*innen zu stärken, gleichen wir deren Wahlperioden an die der Kommunen an.

Das Engagement als Schülervertreter*innen ist für viele Kinder und Jugendliche der erste Berührungspunkt mit demokratischer Willensbildung und demokratischen Prozessen. Wir möchten die Position der Schülervertreter*innen daher aufwerten und verhindern, dass diese im Schulbetrieb für Aufsichts-, Melde- oder o.ä. zweckentfremdet werden.

Wir schaffen auf Landesebene ein Kinder- und Jugendparlament in dem sich die Vertreter*innen auch mit den Zukunftsthemen des Landes beschäftigen und damit, z.B. vergleichbar zum Petitionsverfahren, direkten Einfluss auf die Landespolitik nehmen können.

Finanzen / Kommunalrecht

Städte, Gemeinden und Landkreise sind in ihrer Haushaltsplanung enge Grenzen gesetzt. Die Schuldenbremse behindert aber wichtige Zukunftsmaßnahmen wie z.B. die Sanierung von Gebäuden oder Investitionen in den Klimaschutz. Dafür sind Ausnahmen der Schuldenbremse für Kommunen nötig, wenn es um langfristig kostensenkende Investitionen oder Klimaschutzmaßnahmen handelt.

Auch soll ihnen ermöglicht werden, langfristig zu planen und nötige Maßnahmen gezielt zu steuern. Wir möchten Kommunen ermöglichen, sparsames Verhalten der Bürger*innen und die Schonung von natürlichen Ressourcen wie dem Trinkwasser durch die Gestaltung der Benutzungsgebühren zu fördern.

Wasser

Trinkwasser ist ein wertvolles Gut und eine elementare Lebensgrundlage. Wir müssen die Verwendung von Trinkwasser dort ersetzen, wo auch Brauchwasser sinnvoll genutzt werden kann. Die Schaffung und Nutzung von Brauchwassernetzen soll speziell gefördert werden. Gleichzeitig sollen weitere Anreize zum Einsparen von Trinkwasser gesetzt und das hessische Wassergesetz an die sich

ändernden Umstände angepasst werden, um ein weiteres Absenken des Grundwasserspiegels durch überhöhte individuelle Entnahmen zu verhindern.

Gesundheit / Soziales

Als Arbeitgeber soll das Land Hessen keine Angestellten in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigen.

Für die pädagogische Betreuung und frühkindliche Bildung ist die Kindertagesstätte eine wichtige Einrichtung. Daher ist es essentiell, den notwendigen Betreuungsschlüssel auch tatsächlich mit Fachkräften einzuhalten. Dazu wollen wir attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen schaffen, damit dieser wichtige Beruf die Attraktivität erhält, die er verdient.

Rettungsdienst

Um den Rettungsdienst zu stärken und die Mitarbeiter zu entlasten sowie die flächendeckende Notfallversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, fordern wir die Verbesserung der Arbeitszeiten unter Abschaffung von Bereitschaftszeiten die Personalflucht aus dem Rettungsdienst stoppen. Daneben soll ein früherer abschlagsfreier Renteneintritt möglich sein, sowie die Zahlung einer Gefahrenzulage für Rettungsdienstmitarbeiter*innen geschaffen werden.

Die kreisbezogene Individualisierung der Handlungskompetenzen von "Erweiterten Versorgungsmaßnahmen" erschwert das kreisübergreifende Einsetzen von Rettungsdienstpersonal. Wir fordern daher die Einführung landesweit geltender Handlungskompetenzen für Notfallsanitäter*innen.

Bildung

Förderprogramme für die Bildung sollen Ressort-übergreifend gebündelt und koordiniert werden.

Wir brauchen auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein vielfältiges, an die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebenssituationen, Stärken und Schwächen angepasstes Bildungsangebot.

Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren sowie Anstellungslücken in den Ferien grundsätzlich vermeiden.

Wir wollen es Lehrer*innen einfacher machen, eine feste Stelle zu finden. Darum

fordern wir, das derzeitige Ranglistenverfahren um einen ortsabhängigen Bonus zu ergänzen.

Wirtschaft

Rein finanz-bilanziertes Wirtschaften setzt unsere Umwelt und die Freiheit der nachfolgenden Generationen aufs Spiel. Darüber hinaus schwächt es Vorsorge und Resilienz in Krisenzeiten. Durch Gemeinwohl- und Ökobilanzen können Umweltauswirkungen und Folgen für das Gemeinwohl systematisch analysiert werden. Solche Öko- und Gemeinwohlbilanzen wollen wir fördern, so dass Unternehmen, Organisationen und Kommunen ihre Tätigkeit transparent und umfassend darlegen können. Ziel ist es, auf immer mehr Ebenen ein vollständig nachhaltiges Wirtschaften im Sinne einer Donut-Ökonomie zu erreichen.

Verkehr & Mobilität

Für die Mobilitätswende brauchen wir eine Verkehrsbehörde, die alle Formen von Verkehr betrachtet und den Autoverkehr nicht hervorgehoben betrachtet. Landesstraßen sollen immer mit baulich getrennten Radweg geplant werden. Bei Sanierungen im innerörtlichen Straßenbestand sollen mindestens Schutzstreifen für Radfahrer*innen vorgesehen werden. Kommunen sollen bei der Co-Planung von Radverkehr eine größere Flexibilität erhalten.

Das Land Hessen soll Kommunen bei der Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerorts grundsätzlich unterstützen und den für Kommunen zur Verfügung stehenden Regelungsspielraum erhöhen.

Der ÖPNV muss als gesamtgesellschaftliche Maßnahme verstanden werden. Wenn sich defizitäre Kommunen keinen attraktiven Nahverkehr leisten können, sinkt die attraktiv und sorgt für einen sich selbst verstärkenden Abwärtsstrudel. Auch zur Entlastung des Siedlungsdrucks in urbanen Gebieten muss der ÖPNV im ländlichen Raum daher auch in der Finanzierung stärker vom Land gefördert werden.

Begründung

Bei der Programmdiskussion des Kreisverbands am 11.09.2022 wurden einige Impulse gesetzt und anschließend in individueller Formulierung dokumentiert. Die Sammlung hier entspricht dem gekürzten Input aus der Diskussion bzw. den daraus folgenden Vorschlägen.

Der derzeitige Text umfasst allerdings 6566 Zeichen und muss per Änderungsantrag noch auf 5000 Zeichen oder weniger gekürzt werden.